

Beamtinnen und Beamte des Bundes

# Alle Jahre wieder: Überhaupt keine Signale für eine faire und wettbewerbsfähige Erhöhung der Besoldung



1. Verhandlungsrunde am 25. Januar 2023 in Potsdam

## Unnötige Rituale: Außer Spesen nichts gewesen!

Erwartungsgemäß haben die Arbeitgeber von Bund und Kommunen für die dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes unterliegenden Beschäftigten in der 1. Verhandlungsrunde am 24.01.2023 weder ein Angebot vorgelegt noch belastbaren Aussagen oder klare Positionen aufgezeigt.

## Auch für den Bundesbereich keinerlei sinnvolle Hinweise!

Bundesinnenministerin Nancy Faeser nimmt bei der aktuellen Einkommensrunde eine Doppelfunktion ein. Sie ist als Vertreterin des Bundes sowohl Arbeitgeberin als auch Dienstherrin für die Beamtinnen und Beamten.

Entgegen ihrer bei der Frühjahrstagung des dbb im Januar 2023 getätigten Aussage, sie wolle eine faire und wettbewerbsfähige Bezahlung realisieren, gab es bei der ersten Verhandlungsrunde überhaupt keine Signale. Dabei haben Beamtinnen und Beamte aus der Verfassung einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung - und damit im Besonderen mindestens auf einen tatsächlichen Ausgleich der extrem gestiegenen Lebenshaltungskosten.

„Dass die Bundesinnenministerin keinen fertigen Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für ihre Beamtinnen und Beamten mitbringt, war jedem klar. Jedoch wäre mindestens die Vorlage eines Angebots für eine schnelle Beseitigung von realen Einkommensverlusten in Form einer deutlichen Linearanpassung ein absolut wichtiges und wertschätzendes Signal gewesen,“ resümiert der Zweite Vorsitzende, Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Friedhelm Schäfer.

**dbb:  
wir.  
für euch.**

für Beamtinnen  
und Beamte

dbb aktuell

dbb  
beamtenbund  
und tarifunion

Herausgeber:  
dbb beamtenbund  
und tarifunion  
Friedrichstraße 169  
10117 Berlin

Verantwortlich:  
Friedhelm Schäfer  
Fachvorstand  
Beamtenpolitik

Redaktionell:  
Geschäftsbereich Beamte  
Beamte@dbb.de

Fotos:  
Friedhelm Windmüller

Alle Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten müssen daher ihre Ansprüche auf Teilhabe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2023 – ebenso wie ihre Forderung auf Rückführung der einseitig belastenden 41 Stunden Woche – klar und unmissverständlich zum Ausdruck bringen. Daher sind Sie ganz besonders vor der zweiten und dritten Verhandlungsrunde aufgefordert, ihre berechtigten Anliegen gegenüber Ihren Dienstherren bei den vom dbb und seinen Bundesbeamtengewerkschaften organisierten Beamtenkundgebungen lautstark und eindringlich geltend zu machen. Über die Rechte und Pflichten der Beamten in Einkommensrunden informiert der dbb-Flyer „Beamte und Streik“.

## Mitglied werden – Wir für Euch!

Weitere Informationen für Beamtinnen und Beamte finden Sie auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion unter: [www.dbb.de/beamtinnen-beamte](http://www.dbb.de/beamtinnen-beamte)



für Beamtinnen  
und Beamte

dbb aktuell